

KONFERENZ DER EUROPÄISCHEN PARLAMENTSPRÄSIDENTEN

DEN HAAG, 2.-3. JULI 2004

“Europa – eine europäische und eine globale Agenda

***Die neuen Entscheidungen, vor denen die Parlamente nach der großen
EU-Erweiterung stehen”***

***BERICHT DES PRÄSIDENTEN DES ITALIENISCHEN
ABGEORDNETENHAUSES
PIER FERDINANDO CASINI***

1. Die geopolitischen Entwicklungen des letzten Jahres

Die Zeit seit der letzten Parlamentspräsidentenkonferenz war voller Entwicklungen, die für Europa und die ganze Welt von Bedeutung waren. Wie die Geschichte zeigt, muss der Lauf der Ereignisse kanalisiert und gelenkt werden, um die beste Wirkung zu zeigen und nicht die Bank zu sprengen. Ich möchte daher eine Interpretation der jüngsten Ereignisse geben, die es uns ermöglichen wird, gemeinsam die vor uns liegenden Herausforderungen zu untersuchen und den Beitrag zu prüfen, den die Parlamente, vor allem die der Europäischen Union, leisten können und müssen, um das Ziel einer stabileren und sichereren Welt zu erreichen.

1.1 Entwicklungen in Europa

Die Erweiterung der Union um zehn weitere Mitgliedstaaten, die bisher größte in der Geschichte der Gemeinschaftsintegration, hat sicherlich einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Vereinigung des Kontinents gesetzt, die mit dem Fall der Berliner Mauer

begann. Und die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament haben es trotz der besorgniserregend geringen Wahlbeteiligung sicherlich einer noch nie zuvor erreichten Anzahl von EU-Bürgern ermöglicht, ihrer Stimme in einer gemeinsamen Institution Gehör zu verschaffen. Die Erweiterung unseres „gemeinsamen europäischen Hauses“ geschieht daher weiterhin auf den soliden Grundfesten, die von den Gründervätern gelegt wurden und auf den Werten der Freiheit und der Demokratie aufbauen.

Das stetige Fortschreiten auf dem Weg der Wiedervereinigung des Kontinents bietet den Völkern aller europäischer Länder Aussichten auf politische Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand, und zwar nicht nur den Ländern, die Vollmitglieder der Union sind, sondern auch denen, die sich in dem Prozess einer Annäherung an die Union befinden. Dies bedeutet in vielen Fällen, dass durch nationale Egoismen hervorgerufenen Konflikte entschärft und die Anstrengungen zur Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft von Frieden und Wohlstand gebündelt werden.

Wir haben jedoch nie die Augen vor der Wichtigkeit verschlossen, dass sichergestellt werden muss, dass die territoriale und demographische Ausdehnung der Union mit der entsprechenden Fähigkeit verbunden wird, das von uns erbaute Gebäude auch wirklich funktionsfähig zu machen. Deshalb haben wir gemeinsam an der Ausarbeitung der grundlegenden Bestimmungen für die Europäische Union gearbeitet, und als Parlamente haben wir über die Arbeit des Konvents einen wesentlichen Beitrag zur Entstehung der neuen Verfassung geleistet. Ich bin der Ansicht, dass die Verabschiedung des Vertrags über eine Verfassung für Europa trotz seiner Beschränkungen und Mängel ein entscheidender Schritt im Prozess der europäischen Integration ist. Es wurde der gangbare, wenngleich nicht der beste Weg eingeschlagen, wobei der Komplexität des Gebiets gebührend Rechnung getragen wurde, wie es in der gesamten Geschichte der Union der Fall gewesen ist. An diesem Punkt müssen wir erneut ansetzen, um den Weg zur Überwindung der Engstirnigkeit zu finden und uns erneut auf den Weg zum Aufbau eines kohärenten und starken Europas auf der Weltbühne begeben.

1.2 Weltweite Entwicklungen

Im vergangenen Jahr haben wir Augenblicke dramatischer Unsicherheit erlebt, in denen wir Zeugen eines Patts bei den Verhandlungen, dem Aussetzen des Dialogs und der Erschütterung der Weltordnung geworden sind. Wir haben auch gesehen, wie sich alarmierende Klüfte auftaten, die sich noch stärker ausweiten und zu ernsthaften Spaltungen hätten führen können. Diese Probleme können jedoch auch, wenn sie weise gehandhabt werden, als Möglichkeiten zum Wachstum genutzt werden.

So belegt beispielsweise die grenzübergreifende Natur der wichtigsten Herausforderungen der letzten Jahre, in erster Linie der Terrorismus, ohne jeden Zweifel die dringende Notwendigkeit, dass alle Länder und Regionen der Welt ihnen mit einer starken, gemeinsamen Antwort begegnen. Die euroatlantische Achse besitzt heute eine neue Bedeutung im Vergleich zu der, die sie hatte, als sie die beiden Kontinente gegen Nationalsozialismus und Faschismus und später während des Kalten Kriegs miteinander verband, und sie besitzt neue Grundlagen infolge der Notwendigkeit, die Werte der westlichen Zivilisation zu verteidigen, auf die der neue Feind zielt. New York, Nassiria, Madrid, Riad und Casablanca sowie viele andere Orte, die der Wut der Terroristen zum Opfer fielen, sind Zeugen für die Globalisierung der Angst und die wachsende Unsicherheit, die heute auf dem gesamten Planeten herrscht. Sie fordern eine harte, gemeinsame Antwort von der Gemeinschaft aller Länder durch die Stärkung der Instrumente für die Zusammenarbeit und durch die Ausweitung der Bündnisse.

Die Antwort auf die Aggression des Terrorismus war jedoch nicht immer unzweideutig. In der Tat gab es ein Patt bei einer grundlegenden Frage, nämlich der Entscheidung, ob einzig auf die Instrumente multilateraler Organisationen zurückgegriffen oder die Initiative von Koalitionen von Staaten in Anspruch genommen werden sollte, die willens waren, internationale Streitfälle zu lösen.

Diese unterschiedliche Vorstellung hat die Europäische Union gespalten und sie erneut daran gehindert, eine starke gemeinsame Haltung beispielsweise zur Irakkrise

anzunehmen. Doch trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten wurde ein gemeinsamer Nenner zwischen allen Mitgliedstaaten der Union erzielt: Man ist sich einig über die Notwendigkeit, den Vereinten Nationen eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau im Irak und dem Prozess der Rückerstattung der Souveränität an das irakische Volk zu übertragen.

Die Tatsachen haben die Stichhaltigkeit dieser Haltung unmissverständlich bewiesen, von der die Europäische Union jetzt behaupten kann, dass sie sie immer vertreten hat. Die Vereinten Nationen sind in das Zentrum des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus im Irak zurückgekehrt, wir müssen uns jedoch bewusst sein, dass dies an sich nicht ausreicht, weder im Irak noch anderswo. Der Erfolg der Vereinten Nationen wird von dem Grad der Unterstützung und der Legitimität abhängen, den alle Mitgliedstaaten ihnen zu garantieren in der Lage sein werden.

2. Eine wachsende Notwendigkeit für Europa

Die jüngsten Ereignisse in Europa und weltweit haben mehr denn je die Notwendigkeit einer verstärkten europäischen Präsenz gezeigt, die – bei gleichzeitiger Achtung der Vielfalt ihrer Mitgliedstaaten – in der Lage ist, mit *einer* Stimme zu sprechen. Mehr als jeder andere Kontinent besitzt Europa ein Erbe von Erfahrungen, da es in der Lage war, eine von Nationalismus, Krieg und Diktatur geprägte Geschichte zu überwinden, was ihm durch die Ausarbeitung ausgefeilter und vielschichtiger politischer und rechtlicher Instrumente gelang. Dieses Erbe kann auch international von Vorteil sein, da es einen wertvollen Beitrag zur Erlangung von Stabilität und Frieden bietet.

Um Europas Aufgabe auf der Weltbühne zu verwirklichen wird es nicht ausreichen, die Verfassung zu verabschieden oder einen europäischen Außenminister zu ernennen. Die einzelnen Regierungen und Parlamente müssen sich bei grundlegenden strategischen Entscheidungen der Notwendigkeit einer Suche nach einer gemeinsamen Identität voll bewusst sein. Das Europa der Fünfundzwanzig darf nicht nur ein weiterer geographischer und wirtschaftlicher Raum sein. Es muss nach und nach zu einer

Föderation der Nationalstaaten werden, deren Völker und Geschichten gemeinsame Grundsätze und Ziele teilen. Heute müssen wir den Weg finden, um über diesen Mehrwert nachzudenken, indem wir die Union in der Welt strategisch neu positionieren, die Beziehungen zu unseren neuen Nachbarn neu überdenken mit dem letztendlichen Ziel, den Raum der Stabilität und Wohlfahrt auszuweiten, was die Notwendigkeit widerspiegelt, die Unterschiede zwischen Nord und Süd zu verringern.

In dieser entscheidenden Phase unserer Geschichte kann eine starke europäische Präsenz auf der Weltbühne dazu beitragen, jenen Prozess abzuschwächen, der – zum Teil aufgrund der verzerrten Darstellungen in den Medien – die Gefahr in sich birgt, dass die Menschen die tragischen Ereignisse in der Welt als einen Kampf der Kulturen und Religionen ansehen. Von einem unüberwindbaren Bruch zwischen den Zivilisationen zu sprechen ist eine Taktik, die nur der Strategie der Terroristen dient, die Haß und gewalttätige Konfrontation bis hin zum Äußersten in Form von Selbstmordattentaten schüren.

Daher müssen wir dieser Taktik begegnen, indem wir auf den gemeinsamen Vorteil der Erfahrungen zurückgreifen, an denen die Geschichte Europas und des Nahen Ostens reich ist; dieser Vorteil hat es den Menschen im Mittelmeerraum ermöglicht, Jahrtausende lang gemeinsam in Frieden zu leben.

Es ist mehr denn je nötig, all diejenigen – d.h. die große Mehrheit der Moslems – sprechen zu lassen, die eine Konvergenz zwischen den Werten des Islam und dem Reichtum der religiösen, politischen und zivilen Erfahrungen des demokratischen Westens anstreben. Die Stimme Europas muss sich all jenen anschließen, die die internationale Zusammenarbeit und die Verringerung der Ungleichheiten als einen integralen Bestandteil der Bekämpfung des Terrorismus ansehen, da sie auf die Beseitigung der Ursachen an der Wurzel abzielt.

3. Multilateralismus

Mehr als jeder andere Akteur auf der Weltbühne kann die erweiterte Union Maßnahmen zur Förderung derjenigen Formen der Weltordnungspolitik ergreifen, für die in der historischen Phase, in der wir uns befinden, eine wachsende Nachfrage besteht. Wir müssen Mechanismen einsetzen und effizient von ihnen Gebrauch machen, die es ermöglichen, die Ungleichheiten zu verringern, Streitigkeiten zu verhindern und beizulegen und die begrenzten Ressourcen und die Umwelt, in der wir leben, zu schützen. Kurz gesagt, die Auswirkungen der Globalisierung zu lindern, die sich nicht auf eine unkontrollierte Art und Weise, bei der nur das Gesetz des „Besten“ gilt, vollziehen darf, sondern anhand von Kriterien auf der Grundlage der Nachhaltigkeit, Gleichheit und Solidarität.

Wenn diese Worte keine reinen Grundsatzserklärungen bleiben sollen, ist eine Sichtweise erforderlich, die den internationalen Organisationen eine zentrale Rolle bei der Lenkung globaler Prozesse überträgt.

In Bezug auf diesen entscheidenden Prozess ist es ermutigend zu sehen, dass beide Seiten des Atlantik erneut eine Harmonie anstreben und Entschlossenheit an den Tag legen, sich weiterhin gemeinsam voran zu bewegen, um die Weltordnung zu stärken und die Demokratie in der Welt zu erhöhen.

Die wirkliche Herausforderung, vor der wir heute stehen, ist die Frage, wie eine Weltordnung auf der Grundlage der fortschrittlichsten Rechtssysteme geschaffen werden kann, die in der Lage ist, den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit auf allen Ebenen zu bestätigen. Dies ist auch der Weg, um über den Terrorismus zu siegen und ein Gleichgewicht zwischen Menschenrechten und Sicherheit zu garantieren.

Eine multipolare Welt, in der Europa einer der wichtigsten Akteure ist, ist die einzig mögliche Option für das neue Jahrtausend. An den Multipolarismus zu glauben impliziert jedoch auch, dass man realistisch sein und anerkennen muss, dass sich in der gegenwärtigen Weltordnung multinationale Akteure nur auf eine beschränkte Macht und

auf das Maß an Legitimität stützen können, die ihre Mitgliedstaaten ihnen zu übertragen oder zu verweigern beschließen. Wir müssen daher Haltungen überwinden, die den Vereinten Nationen eine Art Wunderrolle für die Weltordnung zumessen, wie auch Ansichten, die die Schwäche der Vereinten Nationen betonen, ohne einen Vorschlag zu ihrer Stärkung vorzulegen. Die internationale Gemeinschaft muss sich dringend daran begeben, die unerlässlichen Reformen für die Gewährleistung einer größeren Wirksamkeit und Schnelligkeit der Arbeit der VN einzuleiten, was übereinstimmt mit der Rolle, die sie in einer zunehmend komplexen Welt ausüben soll.

Die Europäische Union trägt im Einklang mit ihren Grundprinzipien eine wichtige Verantwortung gegenüber der Welt, da sie die Rolle eines Katalysators bei der Unterstützung des Reformprozesses des gesamten VN-Systems ausübt. Eine stärkere Kohäsion und Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten ist unerlässlich, wenn die Union das ihr gebührende politische Gewicht im Rahmen der Vereinten Nationen erhalten soll.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass Italien ein großer Befürworter des gegenwärtigen Prozesses zur Reform des gesamten VN-Systems, nicht nur des Sicherheitsrates ist. Im Hinblick auf letzteren sind wir der Auffassung, dass er eine größere geographische Vertretung, demokratische Beteiligung und operationale Wirksamkeit erhalten sollte. Es würde daher angemessen erscheinen, die Anzahl der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates zu erhöhen, anstatt die Anzahl der ständigen Mitglieder mit Vetorecht anzuheben, was den Entscheidungsprozess nur noch stärker belasten und die nichtständigen Mitglieder marginalisieren würde.

Es wird etwas ganz anderes sein, wenn die neuen ständigen Sitze auf einer geographischen Grundlage vergeben würden und die Europäische Union einen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhielte, wie es das Europäische Parlament im Januar vorgeschlagen hat und wie es das italienische Abgeordnetenhaus bereits lange vorher im Jahr 1997 getan hat.

4. Die Herausforderungen für die Parlamente der Union

Im Lichte der vorgenannten Überlegungen ist es offensichtlich, dass die Parlamente – insbesondere die der Europäischen Union – eine wichtige Rolle im Hinblick auf ihre traditionelle gesetzgebende Funktion, aber auch aufgrund der zunehmenden Möglichkeiten für einen Austausch mit den gesetzgebenden Versammlungen anderer Länder und Gebiete in der Welt spielen müssen. Die Entwicklung dessen, was in den letzten Jahren unter dem Namen „parlamentarische Diplomatie“ bekannt geworden ist sowie der Anstieg der Anzahl interparlamentarischer Foren haben die Vertreter von Ländern, die weit voneinander entfernt sind, ermutigt, sich besser kennenzulernen, Ideen und Erfahrungen auszutauschen, und in einigen Fällen hat dies dazu geführt, dass die Demokratie „aufgeholt hat“, was meiner Ansicht nach am besten durch das Setzen von Beispielen anstatt auf irgend eine andere Art und Weise geschieht.

Auf der Ebene der Einzelstaaten und internationalen Organisationen überbrückt die Präsenz unserer Parlamente die Kluft zwischen Bürgern und Regierung. Die internationalen Beziehungen der Regierungen werden in wachsendem Maße von der Arbeit der Parlamente unterstützt und untermauert, die eine Vielzahl unterschiedlicher Funktionen ausüben können, die nicht unbedingt weniger wirksam als die der Exekutive sind. Erlauben Sie mir, einige wenige Beispiele zu nennen:

- **Bindeglied zwischen den multinationalen und supranationalen Foren und den Bürgern:** In den letzten Jahrzehnten haben wir eine Tendenz zur Verlagerung nach oben von Entscheidungsbefugnissen erlebt, die das Alltagsleben der Bürger betreffen. Die Europäische Union ist sicher das fortgeschrittenste und vollständigste Beispiel für eine supranationale Organisation, mit zunehmend weitreichenden Befugnissen in Bereichen, die einst das ausschließliche Gebiet der Nationalstaaten waren. Aber dies ist nicht das einzige Beispiel. Die Schaffung von Freihandelszonen und die Übertragung von Kompetenzen und Befugnissen auf internationale Organisationen sind

Notwendigkeiten, die von der bereits erwähnten Erfordernis diktiert werden, eine sich im Wandel befindliche Welt zu regulieren. Es besteht jedoch auch die Gefahr, dass diese Phänomene von der Öffentlichkeit als eine Verlagerung der Entscheidungen von ihrem Begriffsvermögen und ihrer Kontrollmöglichkeit hinweg betrachtet werden. Daher müssen die Parlamente ihre Anstrengungen zur Gewährleistung eines Bindeglieds zwischen diesen Ebenen verstärken und sowohl in den supranationalen Organisationen als auch gegenüber den Bürgern eine Vermittlerrolle einnehmen. Die Delegierung von Befugnissen nach oben ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust dieser Kompetenzen, sondern damit, dass sie anders, jedoch mit dem gleichen Engagement ausgeübt werden;

- **Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Welt:** Der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit ist eine grundlegende Säule der Zivilisation, und es ist der Ehrgeiz des Westens, diese Zivilisation weltweit zu verbreiten. In ihrer Hauptrolle als gesetzgebende Organe können und müssen die Parlamente die Fahmenträger von Rechtsstaatlichkeit und Solidarität sein, indem sie den erforderlichen Rahmen für die Entwicklung von Institutionen und Rechtsstaatlichkeit schaffen, die Wahrung der Rechte aller Bürger, insbesondere der schwächsten, garantieren, und zwar sowohl in den einzelnen Ländern als auch im gesamten Kreis der Nationen. Was letzteren angeht, so muss ein grundlegender Beitrag, den die Parlamente leisten können, in der Stärkung des internationalen Rechtsrahmens bestehen;
- **Gewährleisten der Wahrung von Freiheit und Demokratie:** Zusätzlich zum Verfassen der Gesetze müssen die Parlamente ihre richtige Umsetzung und Einhaltung innerhalb der nationalen Grenzen und auf internationaler Ebene überwachen. Dies zu tun ist von besonderer Bedeutung im Falle der Grundwerte, die zumindest auf dem Papier von der gesamten Gemeinschaft der Nationen geteilt werden. Zu diesem Zweck stehen den Parlamenten in ihren jeweiligen Verfassungssystemen Instrumente zur Verfügung, wie z.B. ihre Befugnis, die

Arbeit der Exekutive zu prüfen und Leitlinien für sie zu verabschieden. Sie sind aber auch in wachsendem Maße in der Lage, die zahlreichen Gelegenheiten für interparlamentarische Treffen und Austausche zu nutzen, um so eine Art rechtschaffenen Kreis zu schaffen, der es ihnen ermöglicht, die Methoden der Transparenz und der Überprüfung zu verbreiten.

- **Verbreitung der Werte von Dialog und Toleranz:** Dialog ist auch in etymologischer Hinsicht das grundlegende Instrument des Berufs des Parlamentariers. Toleranz ist eine Tugend, ohne die es unmöglich ist, mit Andersdenkenden in Frieden zu leben, und die ein Teil und ein Posten des eigentlichen Konzepts der pluralistischen Demokratie ist. Die Parlamentarier sind daher in der Lage, überall dort Träger dieser Werte zu sein, wo ihr Fehlen Grund für Missverständnisse, Ungerechtigkeiten und Konflikte ist, selbst dort, wo Regierungen nicht miteinander reden wollen oder nicht dazu in der Lage sind. Sie können auch zur Ausbildung von politischen Führern beitragen, die offen und empfänglich für den Dialog sind, indem sie ihre Verpflichtung zu politischer und administrativer Zusammenarbeit verstärken.

5. Interparlamentarische Zusammenarbeit

Bei der Verfolgung dieser Ziele arbeiten die einzelnen Parlamente sicherlich für sich selbst und in völliger Unabhängigkeit, sie können jedoch auch kollektiv arbeiten, was in zunehmendem Maße auch geschieht. Dieses Bewusstsein liegt der Dynamik der interparlamentarischen Zusammenarbeit zugrunde.

Die kürzlich erfolgte Schaffung der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung bestätigt die Tendenz zur Schaffung interparlamentarischer Foren neben den Regierungsforen zur Bereicherung und Verstärkung der demokratischen Legitimität und Vertretung internationaler Institutionen. Ich bin daher der Ansicht, dass die Parlamente eine grundlegende Rolle spielen sollten, indem sie an der Seite der Exekutive stehen,

was die Bekräftigung der zentralen Rolle der Vereinten Nationen und ihrer internen Reformen angeht.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung könnte darin bestehen, den gegenwärtigen Prozess der Herstellung immer engerer und systematischerer Beziehungen zwischen der Interparlamentarischen Union und den Vereinten Nationen zu unterstützen. Dies würde den gewählten Vertretern, die die unmittelbaren Empfänger der Sorgen und Wünsche der weltweiten Öffentlichkeit sind, in den internationalen Foren größeres Gewicht geben.

In der heutigen Zeit weit verbreiteter Unsicherheit ist es notwendig, die großen Erwartungen, die die gegenwärtige Gesellschaft im Hinblick auf die internationale Führung hegt, zu beantworten und dass die Politik in der Lage ist, der ganzen Welt eine Zukunft der friedlichen Koexistenz und des Wachstums zu garantieren.

Die Interparlamentarische Union hat sich als älteste der internationalen Organisationen seit langem damit beschäftigt, Dialog und Demokratie zu verbreiten durch die Stärkung der volksvertretenden Institutionen, indem sie beispielsweise die parlamentarische Dimension der Welthandelsorganisation gefördert hat.

Obwohl es heute vielleicht verfrüht ist, ein Weltparlament ins Auge zu fassen, bin ich überzeugt, dass die Interparlamentarische Union eine wirksamere Rolle bei der weltweiten politischen Vertretung spielen kann und muss, um auf diese Weise zur Konsolidierung der Weltordnung beizutragen.

Ich bin überzeugt, dass die Parlamente der Union einen größeren Anteil an der Förderung einer internationalen Architektur übernehmen können und müssen, in der die parlamentarische Dimension besser strukturiert ist. Ich meine daher, dass es sinnvoll wäre, eine ernsthafte gemeinsame Debatte über geeignete Wege zum Ergreifen von Maßnahmen in diese Richtung einzuleiten, auch um in der Lage zu sein, gegebenenfalls die Arbeit der Parlamente der Union in internationalen Organisationen koordinieren zu können.

Die Suche nach gemeinsamen parlamentarischen Positionen, wo dies sinnvoll und möglich erscheint und ohne in irgendeiner Weise die Autonomie der nationalen Parlamente einzuschränken, würde der wachsenden Nachfrage nach Europa auf der Weltbühne gerecht werden und die Stimme der Union mit den tausend Nuancen, die ihr politischer Pluralismus repräsentiert, stärken.

Die Parlamente der Union könnten eine sinnvolle Rolle bei der Rationalisierung der interparlamentarischen Foren wahrnehmen. Wenn die Tendenz zur Ausweitung der Austausche zwischen den Parlamenten auch ein gesundes Zeichen für eine wachsende Nachfrage nach Demokratie auf allen Ebenen ist, sollte dieser Anstieg doch auf geordnete und effektive Weise stattfinden und die Gefahr der Energievergeudung und der Schaffung kostspieliger Duplikationen vermieden werden. Eine Debatte unter uns über diese Fragen auf der Grundlage einer Analyse der verschiedenen interparlamentarischen Foren, denen unsere Parlamente angehören, könnte ebenfalls zur Erstellung gemeinsamer Vorschläge führen, die den zuständigen Foren vorgelegt würden.

Schließlich möchte ich noch eine weitere Aktivität erwähnen, die viele Parlamente heute völlig autonom ausüben: die Hilfe für die parlamentarischen Verwaltungen der neuen demokratischen Länder. Diese Tätigkeit ermöglicht es, die Grundprinzipien des Parlamentarismus und die in den länger existierenden demokratischen Staaten erworbenen vorbildlichen Praktiken mit den parlamentarischen Bürokratien dieser Länder zu teilen und so die Effizienz, Effektivität und Transparenz der gesetzgebenden Organe zu verbessern.

So hat beispielsweise das italienische Abgeordnetenhaus in den letzten beiden Jahren eine Reihe wichtiger Initiativen für die Zusammenarbeit mit verschiedenen Ländern in Afrika, Asien und Südosteuropa im Hinblick auf die Informations- und Kommunikationstechnologien und legislative Dokumente eingeleitet, die, wie ich sicher bin, sehr bald konkrete und äußerst positive Ergebnisse zeigen werden.

Meiner Auffassung nach sollten wir durch den Austausch von Informationen und durch Vorkehrungen zur Koordinierung dieser verdienstvollen Aktivität nützliche Synergien schaffen und bessere und kostengünstigere Ergebnisse erzielen.

Ausgehend von den eben dargelegten Überlegungen bin ich der Ansicht, dass die gute Arbeit, die wir mit der Erstellung der Richtlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Union geleistet haben, auf sinnvolle Art und Weise durch die Anstellung gemeinsamer Überlegungen über eine Reihe möglicher Gebiete zur Koordinierung der externen Maßnahmen der EU-Parlamente ergänzt werden könnte, wobei die Autonomie der einzelnen Parlamente selbstverständlich gewahrt bliebe.

Es wird sicherlich Schwierigkeiten und Vorbehalte geben, die wir prüfen werden müssen, ich bin jedoch überzeugt, dass die Komplexität der internationalen Lage, wie sie sich in den letzten Monaten ergeben hat, eine Verstärkung unserer Anstrengungen in diese Richtung erforderlich macht.

Es ist jetzt an der Zeit, in eine neue Phase der Stärkung der Weltordnung einzutreten, und ich bin der Ansicht, dass wir als Präsidenten der Parlamente der fortschrittlichsten internationalen Organisationen – und auch unsere Konferenz – einen Teil dieser Aufgabe erbringen müssen, und zwar im Hinblick auf die Rolle unserer Versammlungen in der Welt sowie der Rolle der Foren, in denen sie handeln und der Modalitäten, anhand derer sie tätig werden können.